

Sudan

**Der Traum von Frieden,
Freiheit und Gerechtigkeit**

Verlag Immergrün

Impressum:

Creative Commons

Druck: November 2022

Verlag Immergrün

ISBN 978-3-910281-06-6

www.immergruen.cc

Inhalt

<i>CrimethInc.</i> : Anarchist*innen gegen die Militärdiktatur	5
<i>Muzan Alneel/Walaa Salah</i> : Übergang in Harmonie	13
<i>Salish Sea–Black Autonomists</i> : Aufruf zur Solidarität mit dem rebellischen Volk des Sudan	19
<i>CrimethInc.</i> : Die Hintergründe des Massakers in Khartum	23
<i>Zainab Mohammed Salih/Tom Wilson</i> : Frauen gegen Omar al-Bashir	37
<i>Noah Salomon</i> : Neue Geschichten für eine ungewisse Zukunft im Sudan	41

crimethInc.

Sudan: Anarchist*innen gegen die Militärdiktatur

Interview mit dem Sudanese Anarchists Gathering

Am 30.12.2021 setzte die Militärdiktatur im Sudan wiederholt scharfe Munition gegen Demonstrierende bei landesweiten Demonstrationen ein, dabei wurden mindestens 4 Menschen ermordet und viele weitere verletzt. Seit dem Putsch vom 25. Oktober 2021 gehen die Autoritäten massiv gegen Demonstrierende vor – dennoch leistet eine starke Bewegung, die sich auf lokale Widerstandskomitees und mutige Demonstrationen stützt, weiterhin Widerstand gegen die Konsolidierung der Macht unter dem Militär. Wir präsentieren das folgende Interview mit anarchistischen Teilnehmenden an den Demonstrationen in der Hoffnung, dass die Menschen außerhalb des Sudans ein besseres Verständnis für die Situation entwickeln können.

Im Dezember 2018 brachen landesweit massive Proteste gegen den Diktator Omar Al-Bashir aus, der den Sudan rund drei Jahrzehnte lang regiert hatte. Al-Bashir floh im April 2019, doch die Riots, Blockaden und Sit-Ins gingen auch gegen den militärischen Übergangsrat, der die Kontrolle über die Regierung übernommen hatte, weiter und eine massive Besetzung hielt den Al-Qyada-Platz im Herzen der Hauptstadt Khartum besetzt. Militärische Kräfte, die mit dem Rat verbunden sind, verstärkten ihre Angriffe auf die Protestierenden und vertrieben schließlich am 3. Juni 2019 die Sit-Ins und Besetzungen brutal. Ein besonders brutales Massaker verübten sie, als sie die Besetzung des Al-Qyada-Platzes angriffen.

Als Reaktion darauf kam es vom 9. bis 11. Juni in weiten Teilen des Sudans zu einem Generalstreik. Einige Vertreter*innen der Bewegung nahmen daraufhin Verhandlungen mit dem Regime auf und schlossen ein Abkommen zur Teilung der Macht ab, in dem eine provisorische Regierung aus militärischen und zivilen Vertreter*innen den Übergang zu einer neuen Regierung regeln sollte. Dies wurde durch den Militärputsch vom 25. Oktober zunichte gemacht.

Der erste Teil dieses Interviews mit Anarchist*innen aus Khartum, der Hauptstadt des Sudan, fand am 28. Dezember statt. Der zweite Teil wurde unmittelbar nach den landesweiten Demonstrationen vom 30. Dezember geführt. Du kannst mehr über die Sudanese Anarchists Gathering auf ihrer Facebook-Seite erfahren. Wir werden diesen Artikel mit weiteren Informationen aktualisieren, sobald wir erfahren, wie Menschen außerhalb des Sudans sie am besten unterstützen können.

Das Interview wurde auf Arabisch geführt und hastig übersetzt. Aus Gründen der Übersichtlichkeit haben wir einige Fragen und Antworten zusammengefasst.



Interview:

Sudanese Anarchists Gathering

28. Dezember 2021, übersetzt von FeralFire

Erzählt uns zunächst etwas über eure Gruppe.

Die Gruppe wurde Ende 2020 in Khartum gegründet, nachdem wir alle Anarchist*innen in Khartum versammelt hatten. Wir sind seit der Revolution im Dezember 2018 zusammen und einige von uns kennen sich schon seit der High School und der Universität.

Wir, die Anarchist*innen von Khartum, sind Mitglieder der »Widerstandskomitees« und wir hissen unsere Fahnen während der Demonstrationen mit dem Rest der Revolutionär*innen und wir verbreiten anarchistische Ideen durch Graffiti.

Wir lehnen jede Art von Autoritarismus ab. Wir sind für Meinungsfreiheit und individuelle Autonomie.

Habt ihr irgendwelche Verbindungen zu Anarchist*innen außerhalb des Sudans?

Ihr seid die einzigen Anarchist*innen, zu denen wir Verbindungen außerhalb des Sudans haben.

Gibt es außer euch noch andere Anarchist*innen und anarchistische Gruppen? Oder gibt es, soweit euch bekannt ist, nur euch?

Es gibt noch andere Anarchist*innen im Sudan, in der Stadt Port Sudan. Wir nehmen Kontakt zu ihnen auf, damit wir uns mit ihnen zusammenschließen können und dann hoffentlich auch mit Anarchist*innen im Rest der Welt — und wenn wir uns ernsthaft bemühen, werden wir gemeinsam die Anarchie in der ganzen Welt verbreiten.

Gibt es im Sudan eine Geschichte des anarchistischen Kampfes oder ist das dort eine neuere Sache?

Der Antiautoritarismus als Idee und Praxis tauchte zum ersten Mal im Sudan während der ersten Demo der Revolution 2018 auf. Aber die Berichterstattung war sehr schwach und wurde daher übersehen.

Wie haben die Menschen auf Anarchist*innen reagiert? Wie ist das Verhältnis von Anarchist*innen zu den allgemeinen Protesten und der sozialen Bewegung?

Die Menschen sind in Bezug auf die anarchistische Bewegung polarisiert, aber was für uns wichtig ist, ist, dass unsere revolutionären Mitstreitenden mit uns zusammenhalten und völlig solidarisch sind; wir sind mit ihnen gemeinsam in diesem Kampf, um das faschistische System zu stürzen und, organisatorisch gesehen, ein horizontales System und, wirtschaftlich gesehen, ein sozialistisches System zu schaffen. Die Forderungen der »Revolution« sind den unseren sehr ähnlich.

Könnt ihr uns etwas über die aktuelle Situation im Sudan erzählen? Soweit wir wissen, gibt es seit mindestens 2019 Proteste, zuerst gegen [den ehemaligen Staatschef] Omar Al-Bashir und jetzt gegen die Militärjunta. Welche Formen der Repression werden derzeit von staatlichen oder anderen Kräften ausgeübt?

Die Revolution dauert schon seit Dezember 2018 an. Als die Revolution begann, wurden die Proteste von der Regierung der Muslimbruderschaft unter Omar Al-Bashir gewaltsam unterdrückt. Die Regierung haben wir am 11. April 2019 gestürzt, als wir das Hauptquartier des sudanesischen Militärs besetzten. Doch leider wurde die Besetzung später niedergeschlagen: 500 Revolutionär*innen wurden getötet und unsere Revolution wurde uns von den Befehlshabenden des Militärs und der »sanften Landung«¹ genommen. Am 17. August 2019 haben sie (der Militärische Übergangsrat, kurz TMC für Transitional Military Council, und die Kräfte

1 Im Jahr 2011 wurde der Ausdruck »sanfte Landung« im Sudan verwendet, um den Vorschlag zu beschreiben, Omar Al-Bashir auf dem Verhandlungsweg den Übergang zur Zivilregierung anzubieten, verbunden mit einer Art Amnestie für seine Kriegsverbrechen. Seitdem wird der Begriff verwendet, um ein vorgeschlagenes Bündnis zwischen dem Regime und der Opposition zu beschreiben, bei dem letztere im Gegenzug für die Teilung der Macht nicht mehr versuchen würde, das Regime zu stürzen. Außerdem wird damit die Unterwerfung unter die US-Politik und den Status quo im Allgemeinen beschrieben.

der Freiheit, kurz FCC für Forces of Freedom²⁾ einem 39-monatigen Übergangsprozess zur Rückkehr zur Demokratie zugestimmt. Wir Revolutionär*innen hörten jedoch nicht auf – wir protestierten weiter gegen das Militär, in der Hoffnung, dass die Übergangsregierung zu einer echten Zivilregierung übergeht, die aus Zivilist*innen besteht und nicht aus Berufspolitiker*innen.

Und dann kam der Putsch [vom 25. Oktober 2021] und das Militär löste die Zivilregierung auf und verhaftete ihre Mitglieder.

Aber wir geben nicht auf. Seit dem Putsch haben sie 47 Revolutionär*innen ermordet und 1200 weitere verletzt, indem sie Tränengas, Blendgranaten und scharfe Munition einsetzten. Wir protestieren immer noch und wollen sie jetzt stürzen.

Wie steht ihr zu den nicht-anarchistischen Gruppen im Sudan? Arbeitet ihr mit ihnen zusammen? Wenn ihr mit ihnen zusammenarbeitet, wie sieht die Zusammenarbeit konkret aus?



2 Die Kräfte der Freiheit und des Wandels (Forces of Freedom and Change, FCC) sind ein Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Gruppen und politischer Parteien, die Proteste organisiert haben. Sie war Teil der Verhandlungen mit dem Militärischen Übergangsrat (Transitional Military Council, TMC) über die Rückkehr zu einer zivilen Regierung.

Wir haben uns von dem »politischen Inkubator«¹ abgetrennt, der an der Revolution teilgenommen hat, und haben mit anderen Revolutionär*innen Widerstandskomitees gebildet, die aus allen revolutionären Bewegungen bestehen; wir haben begonnen, die Revolution auf die Straße zu bringen, um die Regierung zu stürzen, trotz der Gewalt, die wir von ihr erfahren. Wir stellen uns ihrer Gewalt und ihren Kugeln mit ungeschützter Brust und gewaltfreien Mitteln.

Und manchmal schießen sie mit scharfer Munition auf uns, was zu Verletzungen oder zum Tod führt.

Gibt es noch etwas, das wir wissen sollten? Habt ihr irgendwelche Bitten an die internationalen anarchistischen Bewegungen?

Wir haben am Donnerstag viele Demonstrationen und Proteste geplant. Wir haben die Routen der Demonstrationen bereits mit anderen Revolutionär*innen festgelegt, bevor die Behörden das Internet blockieren; sie führen alle in Richtung des Republikanischen Palastes. Diese Demonstrationen werden mit exzessiver Gewalt beantwortet werden; es könnte sein, dass ich am Ende tot bin, denn wir Anarchist*innen sind immer an vorderster Front und organisieren die Demonstrationen auf der Straße.

Wir bitten um materielle Unterstützung. Wir geben Geld aus unseren Taschen aus und das Geld, das wir haben, deckt unsere Bedürfnisse nicht, weil die Preise im Sudan unerschwinglich geworden sind und wir als Jugend nicht genug Geld haben. Wir hoffen, dass alle Anarchist*innen auf der Welt uns unterstützen werden.

1 »سياسي سلالة نضال« – Grob übersetzt beschreibt der Begriff »politischer Inkubator« die Rolle, die die Übergangsregierung im Sudan spielen sollte.

Ahmed Alaamin Alkununa, Mustafa Mohammed Musa, Mohammed Majed Muhammad »Bebo« und Mutawakil Yousef Saleh wurden am 30. Dezember 2021 vom sudanesischen Staat ermordet.

Übersetzung: »Märtyrer der Dezemberrevolution; Märtyrer des Putsches des Militärrats«.



Der Märtyrer Ahmed Alaamin Alkununa

Datum: 30. Dezember 2021

Verwundung: Ein Schuss in den Kopf

Ort des Martyriums: Omdurman



Der Märtyrer Mustafa Mohammed Musa

Datum: 30. Dezember 2021

Verwundung: Durch einen Schuss in die Brust

Ort des Martyriums: Omdurman



Der Märtyrer Mohammed
Majed Muhammad »Bebo«

Datum: 30. Dezember 2021

Verwundung: Ein Schuss in den Kopf

Ort des Martyriums: Omdurman



Der Märtyrer Mutawakil Yousef Saleh

Datum: 30. Dezember 2021

Verwundung: Durch einen Schuss in die Brust

Ort des Martyriums: Omdurman

Update: 30. Dezember 2021

Zwei Tage nach dem obigen Interview, zum Abschluss der Demonstrationen am 30. Dezember, erhielten wir die folgende Nachricht von unserem Kontakt aus dem Sudanese Anarchists Gathering.

Wir konnten den Palast nicht erreichen. Sie hatten die Straßen mit riesigen Schiffscontainern versperrt und die Städte Omdurman und Bahri blockiert (niemand aus diesen Städten durfte nach Khartum) und dann verübten sie Gräueltaten gegen uns in Khartum (wo der Palast steht).

Sie schossen mit scharfer Munition auf uns und verwendeten sogar eine DShK¹, die zu Verletzungen und Todesopfern führte. Sie griffen auch Journalist*innen an und stürmten die Gebäude von *Al-Arabiya* (einem TV-Nachrichtensender) und *al Hadath* (einem anderen TV-Nachrichtensender); sie hatten deren Mitarbeiter*innen verhaftet, aber bereits wieder freigelassen. Sie überfielen auch Krankenhäuser, griffen Ärzt*innen an, verhafteten sie und nahmen auch unsere verletzten Gefährt*innen fest.

Sie haben uns nicht erlaubt, die Leichen der Gefallenen mitzunehmen, um sie zu begraben. Bis jetzt haben wir nur zwei von ihnen geborgen und begraben. Wir arbeiten daran, das Gleiche für die anderen zu tun.

Unsere Handys waren nicht modern genug, um ihre Gräueltaten auf Film festzuhalten, aber einige Leute, die moderne Handys hatten, konnten einige der Gräueltaten, die sie begangen haben, festhalten.

Bisher gibt es vier Märtyrer*innen, aber es gibt viele lebensgefährlich Verletzte. Ehre für die Märtyrer*innen und Tod dem Militär und der Autorität!

1 DShK ist ein schweres Maschinengewehr aus der Sowjetära.

Muzan Alneel / Walaa Salah

Übergang in Harmonie: das neoliberale Projekt im Sudan

veröffentlicht am 10. September 2021 im *Amandla*-Magazin

Fast drei Jahre ist es her, dass Millionen sudanesischer Frauen und Männer auf die Straße gingen, um eine neue Realität zu fordern, die über ihre unmittelbaren Kämpfe gegen Gewalt und Armut hinausgeht und Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit verlangt. Dies war die sudanesische Revolution vom Dezember 2018, die die 30-jährige Diktatur von Omar Al-Bashir beendete. Vor zwei Jahren, im August 2019, wurde eine Übergangsregierung als Partnerschaft zwischen der Militärführung und der Koalition der Opposition (Erklärung der Kräfte der Freiheit und des Wandels, FFC) gebildet, um den Weg zu einem demokratischen Sudan zu ebnen (siehe *Amandla!* 67).

Die Dynamik zwischen den beiden »Partnern«, die den Sudan nach der Revolution regieren, wird vom sudanesischen Premierminister Abdallah Hamdok oft als harmonisch beschrieben. Diese Harmonie zwischen den Vertretern eines Militärregimes und der zivilen Opposition, die zu dessen Sturz marschierte, kann auf den ersten Blick rätselhaft erscheinen. Um sie zu verstehen, werden wir den Sudan, der von der „harmonischen Partnerschaft“ geprägt ist, und die Instrumente, die sie formen, untersuchen.

Zahnlose Komitees anstelle von Übergangsstrukturen

Auf höchster Ebene wurde der Sudan zu einem Staat ohne jegliche Struktur geformt, die es den Bürgern ermöglichen würde, sich an der Regierungsführung zu beteiligen oder die Machthaber herauszufordern. Zwei Jahre nach Beginn des Übergangszeitraums ist der Übergangslegislativrat noch immer nicht gebildet worden. Dies trotz wiederholter Versprechen sowohl des FFC als auch des Premierministers. Der Oberste Rat für das Justizwesen, der über das Verfassungsgericht und die Justizreform entscheiden soll, wurde noch nicht bestätigt. Das Gleiche gilt für den Obersten Rat für Staatsanwaltschaft, die verschiedenen Kommissionen für

rechtliche und institutionelle Reformen, Übergangsjustiz, Gleichstellung der Geschlechter, Menschenrechte usw.

Das Land steht außerdem unter mehreren Notständen: einem Sicherheitsnotstand, einem wirtschaftlichen Notstand und einem Notstand im Zusammenhang mit dem Covid-19, der am wenigsten umgesetzt wird. Darüber hinaus befinden sich mehrere Bundesstaaten aufgrund der Eskalation der Gewalt, insbesondere in Darfur und im Ostsudan, in einem eigenen Ausnahmezustand.

Die Untersuchungskommission zum Massaker vom 3. Juni 2019 hat, wie erwartet, weder ihren Bericht vorgelegt noch ihre Schlussfolgerungen bekannt gegeben. Die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, die nie über ihre Ergebnisse berichten, ist zu einem der wichtigsten Instrumente geworden, um Volksaufstände und Forderungen nach Gerechtigkeit zu verhindern. Die Probleme sind jetzt »verpflichtend«. Wenn bewaffnete Gruppen Zivilisten angreifen, wird ein Untersuchungsausschuss eingesetzt. Wenn Demonstranten getötet werden oder Gefangene im Gewahrsam der Schnellen Eingreiftruppen (RSF) sterben, oder sogar wenn der Premierminister ein Attentat überlebt, sind Untersuchungsausschüsse immer bereit, eingesetzt zu werden. Und dann kommen sie nie mit ihren Berichten zurück.

Diese Taktik gibt der Öffentlichkeit die Illusion einer guten Regierungsführung und lenkt von Korruption, Nachlässigkeit und Verstößen ab. Die Einbeziehung in Ausschüsse bindet auch einen großen Teil der politisch Aktiven an das bestehende Regime und gibt ihnen die Illusion, Zugang zu Entscheidungsprozessen zu haben. Dies kann leicht mit Macht verwechselt werden, wenn es an einer angemessenen Analyse fehlt.

Neoliberale Vorbereitung auf Investitionen

Auf der anderen Seite sehen wir Entwicklungen in anderen Bereichen. Der Sudan wurde von der Liste der »State Sponsors of Terrorism« (SST) gestrichen. Es fanden mehrere Wirtschaftskonferenzen für »Freunde des Sudan« in Berlin, Riad und Paris statt. Diese Konferenzen dienen dazu, den Sudan als geeigneten Rohstoff für internationale Investitionen vorzustellen. Um dies zu erreichen, führt die Regierung eine »Rechtsreform« ein, die inter-

nationale Investitionen schützt. Dazu gehört die Verabschiedung von fünf neuen Gesetzen über das Finanzsystem, die Partnerschaft zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor, Investitionen und die Industrie.

Ein Blick auf die Erfolgsbilanz der Übergangsregierung bei der Rechtsreform zeigt, dass sie in den letzten zwei Jahren ohne Parlament achtzehn neue Gesetze, acht neue Verordnungen und fünf wichtige Änderungen an bestehenden Gesetzen verabschiedet hat. Aus dem Muster dieser Reformen lässt sich vieles ablesen. Die Änderung der wirtschaftlichen Infrastruktur des Staates, um die Grundlage für die „Öffnung des Landes für Investitionen“ zu schaffen, ist das Hauptthema sowohl der Wirtschaftsgesetze als auch der Gesetze, die sich auf die Erfüllung der Mindestanforderungen an die Menschenrechte beziehen.

Die Umstrukturierung des Wirtschaftssektors im Rahmen dieses investitionsfreundlichen Kurses hat sich in der Streichung von Subventionen, der Privatisierung und der wirtschaftlichen »Liberalisierung« manifestiert. Das neoliberale Projekt im Sudan wurde auf aggressive Weise beschleunigt. Es hat zu der erwarteten Inflation, einer Zunahme der Armut und zu Protesten geführt, die mit einem unterschiedlichen Maß an Gewalt einhergingen. Ironischerweise hat das Land zur gleichen Zeit, als der Staatsapparat weiterhin gegen die Bürger vorgeht, insbesondere außerhalb der Hauptstadt Khartum, sowohl das Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe als auch das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen ratifiziert. Dies wurde von der internationalen Gemeinschaft gelobt.

Die Merkmale des »harmonischen Projekts« lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Anwendung einer aggressiven neoliberalen Politik, indem alle Anforderungen erfüllt werden, um das Land als Investitionsmöglichkeit für das globale Kapital vorzubereiten und zu präsentieren; und
- Schwächung der staatlichen Struktur und des Regierungssystems durch die Konzentration der Entscheidungsbefugnisse innerhalb einer Elite, wobei ein Volksaufstand vermieden wird.

Dieses Projekt steht im Einklang mit den regionalen Investitionen und den globalen politischen Zielen der regionalen und internationalen „Freunde“, die die Zivilisten, das Militär oder beides unterstützen. Es führt zu einer Realität, die sich stark von der unterscheidet, von der die Demonstranten der Dezemberrevolution geträumt und für die sie gekämpft haben.

Die Zähmung der Massen

Die Abweichung vom revolutionären Weg war ein Risiko, das von den Demonstranten vorausgesagt wurde, als die Partnerschaft zwischen dem Militär und der Oppositionsführung Gestalt annahm. Damals wurde als Schutz die »Macht der brennenden Reifen« und der Aufmärsche auf den Straßen vorgeschlagen und von vielen akzeptiert. Man vertraute darauf und erwartete, dass die Proteste jede Regierung zu Fall bringen würden, die den konterrevolutionären Weg einschlug, so wie sie einst Bashir zu Fall gebracht hatten. Trotz mehrerer konterrevolutionärer Entscheidungen und Handlungen der Regierung hat sich dieser Schutz bisher nicht in nennenswertem Umfang bewährt.

Um diese Situation aufrechtzuerhalten, hat die Regierung verschiedene Taktiken angewandt, um die Öffentlichkeit zu manipulieren und ihre Forderungen nach revolutionären Veränderungen zu unterdrücken. Die neoliberale Politik – Privatisierung und Minimierung der Rolle des Staates bei der Erbringung von Dienstleistungen – wurde auf die gleiche Weise eingeführt wie immer: »Es gibt keine Alternative«. Das ist die »realistische, undeologische und technokratische Lösung«.

Die Unterstützung der regionalen und internationalen Öffentlichkeit erfolgte zumeist in Form von Feierlichkeiten, die darauf abzielten, die Verarmungspolitik der Regierung zu legitimieren und gleichzeitig mit dem schon oft verwendeten Zuckerbrot zu locken: die Wiederaufnahme in die internationale Gemeinschaft nach über 20 Jahren Sanktionen. Die Feierlichkeiten reichten von der Pariser Konferenz zur »Unterstützung des historischen Übergangs des Sudan zur Demokratie« bis hin zu Tweets ausländischer Diplomaten, die unter Missachtung der Protokolle ihre Unterstützung für die Aufhebung der Subventionierung von Treibstoff ankündigten, während die Nationale Wirtschaftskonferenz noch über diese Entscheidung berät.

Diese bekannten Taktiken, Manöver und Schlagworte aggressiver neoliberaler Projekte haben im Sudan aufgrund des freundlichen Umfelds der politischen Realität des Landes erhebliche Erfolge erzielt. Die meisten der Demonstranten – und junge Sudanesen im Allgemeinen – haben das Vertrauen in die Politik verloren. Sie haben sie im Laufe der Jahre mit der elitären und bürgerlichen Politik der herrschenden Klasse des Sudan und der Oppositionsführung gleichgesetzt. Der wiederholte Verrat und die verschiedenen Formen der Korruption, die die bürgerliche Führung über Jahrzehnte hinweg an den Tag gelegt hat, werden als Rechtfertigung für die Forderung nach »unpolitischem Regieren« und einem »ideologiefreien« Weg weg vom »Schmutz der Politik« herangezogen. Dies hat es der »unpolitischen technokratischen Regierung« auch ermöglicht, die revolutionäre Energie der Jugend und der Basisorganisationen auf »praktische und unpolitische« Ziele umzulenken – Straßenreinigung und Mitgliedschaft in Komitees.

Aufbau des Volkswiderstands

Mehrere politische Basisorganisationen im Sudan gehen jedoch mit einer stärkeren Analyse und bewundernswerten Instrumenten ans Werk. Beispiele hierfür sind revolutionäre Nachbarschaftskomitees, die Organisation politischer Bildungsprogramme und Arbeitnehmervereinigungen, die Sparmaßnahmen ablehnen und eine öffentliche Diskussion über die Wirtschaftspolitik erzwingen.

Das Wachstum und die Entwicklung des organisierten Volkswiderstands können dem Sudan nur dann einen Ausweg aus der neoliberalen Umklammerung bieten, wenn sie durch eine angemessene und kontextbezogene Analyse der politischen Ökonomie unterstützt werden. Das Fehlen einer solchen Analyse führt dazu, dass eine Formulierung wie »Förderung privater Investitionen« als ein positives Ergebnis der Pariser Konferenz dargestellt wird, anstatt das zu sein, was sie in Wirklichkeit ist: eine Bedrohung der wirtschaftlichen Rechte der Mehrheit und eine Abweichung von der revolutionären Forderung nach Gerechtigkeit.

Eine korrekte und kontextbezogene Analyse der politischen Ökonomie kann nur von einer Organisation geleistet werden, die sich ihres politischen Charakters bewusst ist, die sich für die Interessen der verarmten Mehr-

heit der sudanesischen Bevölkerung einsetzt und die über die geeigneten Analyseinstrumente verfügt, um Lösungen zu präsentieren, die geeignet sind, die materielle Realität des Lebens der Mehrheit zu verbessern. Diese Anforderungen beschreiben die revolutionären Organisationen und die Politik, die notwendig sind, wenn wir uns einen praktischen und realistischen Weg zum Schutz der wirtschaftlichen Rechte der Mehrheit und zur Verwirklichung der revolutionären Forderung nach Gerechtigkeit vorstellen und beschreiten wollen.

Muzan Alneel ist eine sudanesische Schriftstellerin mit einem interdisziplinären Hintergrund in den Bereichen Ingenieurwesen und öffentliche Ordnung.

Walaa Salah ist eine sudanesische Menschenrechtsanwältin und Rechtsforscherin mit Sitz in Khartum.

Dieser Artikel ist dem *Amandla*-Magazin entnommen.

Zu finden unter: <https://aidc.org.za/the-neoliberal-project-in-sudan-salaahalneel-amandla/>

Selbstdarstellung:

Amandla sammelt und veröffentlicht Artikel, die die Diskussion und Debatte über eine neue linke und antikapitalistische Politik in Südafrika und dem südlichen Afrika fördern. Unser Ziel ist es, einen offenen, nicht-sektiererischen Raum für Debatten zu schaffen und einen Dialog für alternatives Denken und Handeln unter Volksbewegungen und marginalisierten Gruppen – einschließlich Frauen, Arbeitern, ländlichen Gemeinden und Arbeitslosen – zu ermöglichen.

Salish Sea – Black Autonomists

Aufruf zur Solidarität mit dem rebellischen Volk des Sudan

07. Juni 2019

Seit Mitte Dezember letzten Jahres gibt es im Sudan eine anhaltende Revolte. Dieser Ausbruch der Rebellion ist eine Fortsetzung früherer Kämpfe gegen das Regime von Omar Al-Bashir.

Im April führten eskalierende Proteste zu einer rund um die Uhr andauernden Besetzung des Militärhauptquartiers, in der der Sturz des Regimes gefordert wurde. Das Militär nutzte diese Unruhen, um unter dem Vorwand, auf der Seite der Revolutionäre zu stehen, einen Staatsstreich zu inszenieren und Al-Bashir zu stürzen und sich selbst als Übergangs-Militärrat (TMC) zu installieren. Viele der Mitglieder dieses Rates hatten Verbindungen zum alten Regime und zu den berüchtigten Dschandschawid – einer arabischen ethno-nationalistischen Miliz (die unter Al-Bashir in Schnelle Eingreiftruppen (RSF) umbenannt wurde), die an Kriegsverbrechen und Völkermord in Darfur beteiligt war.

Der TMC versuchte, mit der Bewegung über die Bildung einer Regierung zu verhandeln, doch die sudanesishe Bevölkerung erkannte, worum es sich dabei handelte, und war während der Verhandlungen entschlossen, das Sit-in abzuhalten. Die Verhandlungen scheiterten, als die Bewegung eine vollständige Zivilregierung forderte und Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate – regionale Mächte, die zur Konterrevolution des Arabischen Frühlings beigetragen hatten – und Ägypten der Militärregierung politische und wirtschaftliche Unterstützung zusagten, um an der Macht zu bleiben.

Die TMC begann, die Proteste zu kriminalisieren und erklärte das Sit-in zu einer »Sicherheitsbedrohung«. Nur wenige Tage nach dieser Erklärung griff die RSF das Sit-in an, räumte es mit scharfer Munition und brannte die Zelte des Sit-in nieder, während die Armee zusah. Die RSF setzte ihren

Amoklauf in ganz Khartum fort, wobei über 100 Tote und 650 Verletzte gezählt wurden.

Die Besetzung von Khartum durch die RSF dauert noch immer an und das TMC hat das Internet für über 72 Stunden abgeschaltet, so dass es schwer ist, Berichte darüber zu erhalten, was vor sich geht, aber die Bewegung hat zum »totalen zivilen Ungehorsam« aufgerufen und es gibt sporadische Videos und Texte von Menschen, die überall im Sudan Widerstand leisten.

Why Does This Matter

Um es klar zu sagen: Was auf dem Spiel steht, ist die Ausbreitung einer rebellischen Energie im Nahen Osten und auf dem afrikanischen Kontinent, die die politische Ordnung bedroht. Aus diesem Grund haben regionale Mächte und Verbündete der USA – Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate – die TMC und deren Unterdrückung der sudanesischen Rebellen unterstützt.

Wir befinden uns in einer Zeit der internationalen Reaktion der Rechten, in der faschistische, weiß-vorherrschende und andere autoritäre Bewegungen und Staaten überall auf der Welt die Macht ergreifen oder konsolidieren. Unsere Feinde haben viele Jahre damit verbracht, sich international zu vernetzen und aufzubauen, indem sie sowohl menschliche als auch ökologische Krisen ausgenutzt haben, aber diese Krisen haben keinen einzigen Ausweg, der zur autoritären Macht führt, auf die wir verzweifelt zu reagieren versuchen.

Diese Momente geben uns auch die Möglichkeit, uns mit anderen zu vernetzen und Macht aufzubauen, die vielleicht Anarchist*innen sind oder sich nicht so nennen, aber die den anarchischen Geist für totale Freiheit teilen.

Ich denke, es ist kein Zufall, dass der Höhepunkt der anarchistischen Bewegung – in welchem Ausmaß auch immer wir uns mit dieser Geschichte identifizieren – gerade dann war, als sie eine internationalistische Bewegung war. So wie der Kapitalismus und die Staatsmacht global sind – und eine globale Krise hervorrufen –, so muss auch der Kampf gegen sie sein.

Aufruf zur anarchistischen Solidarität

Wir rufen zu sofortigen Solidaritätsaktionen mit den Rebellen im Sudan (und gegen den sudanesischen und saudischen Staat) auf – sei es durch Transparente, Graffiti und Plakate kleben, das Verteilen von Informationen, militante Demos und Kundgebungen, Spendensammlungen, um sudanesischen Ärzten zu helfen, medizinische Versorgung zu bekommen, oder andere kreative Aktionen der Intervention, die in eurem Kontext Sinn machen.

Während dieser Aufruf zu einer sofortigen Reaktion aufruft, sollten wir uns die Zeit nehmen, in unserem lokalen Umfeld nach privaten oder staatlichen Einrichtungen mit wirtschaftlichen Verbindungen zum sudanesischen oder saudischen Staat zu suchen und gegen sie vorzugehen, um unsere Solidarität von einer höchstwahrscheinlich symbolischen Aktion, die dem sudanesischen Volk zeigen soll, dass es nicht allein ist, in eine kämpferische Solidarität zu verwandeln, die das reibungslose Funktionieren des TMC, der Staaten, die ihn unterstützen und beliefern, und die logistischen Ströme der zur Unterdrückung des Aufstands verwendeten Güter behindert.

Solidarität ist nie eine einmalige Aktion, sondern ein ständiger Prozess des Aufbaus von Beziehungen zu anderen Anarchist*innen und Befreiungsbewegungen, des Prüfens, Handelns und Lernens, um eine materiell wirksame Praxis des Angriffs aufzubauen. Internationale Solidarität ist der Schlüssel, weil das Kapital, seine Verteidiger und seine Reaktion global kämpfen, und das sollten wir auch.

Gegen Autoritarismus überall

Für totale Freiheit überall

CrimethInc.

Sudan: Die Hintergründe des Massakers in Khartum

14. Juni 2019

Die Vorgeschichte, die Täter, die Bewegung

Im Dezember 2018 kam es im gesamten Sudan zu massiven Protesten und Unruhen, die von Arbeiter*innenorganisationen und Nachbarschaftskomitees organisiert wurden und schließlich zum Sturz des Diktators Omar Al-Bashir führten. Unter Verwendung alter nubischer Bilder und Mythologie sowie zeitgenössischer Slogans und Taktiken brachten die Revolutionär*innen eine vielfältige Wut zum Ausdruck und versuchten, den ethnischen und religiösen Konflikten der vergangenen zwei Jahrzehnte zu entkommen. Nachdem Al-Bashir aus dem Amt geschieden war, setzten sich die Unruhen, Blockaden und Proteste gegen den Militärischen Übergangsrat fort, der die Kontrolle über die Regierung übernommen hatte und versprach, die Wahlen im Jahr 2020 zu koordinieren. Anfang 2019 begannen paramilitärische Gruppen, die mit dem Rat in Verbindung stehen, heftige Angriffe auf Student*innenproteste in Khartum zu verüben, die am 3. Juni in einem Massaker gipfelten, als sie eine Besetzung des Al-Qyada-Platzes brutal vertrieben. Als Reaktion darauf kam es vom 9. bis 11. Juni in weiten Teilen des Sudan zu einem Generalstreik. Einige Revolutionär*innen haben sich verpflichtet, ihren Kampf trotz der Gewalt dieser nomadischen paramilitärischen Gruppen aus dem Verborgenen fortzusetzen.

Überall auf der Welt sehen wir heute die gleichen Konflikte zwischen drei Parteien. In den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union findet dieser in Form eines Wettstreits zwischen Zentrist*innen wie Emmanuel Macron und Hilary Clinton, rechtsextremen Demagog*innen wie Marine Le Pen und Donald Trump und sozialen Befreiungsbewegungen statt. In Nordafrika und im Nahen Osten manifestiert sich dies oft als Kampf zwischen Diktatoren wie Bashar al-Assad und Abdel Fattah el-Sisi, militanten islamistischen Gruppen und sozialen Bewegungen, die Demokratie und

Gleichberechtigung anstreben. Wir sehen unseren eigenen Kampf in den sozialen Bewegungen im Sudan; wir sollten so viel wie möglich über die Gegner, denen sie gegenüberstehen, und die Prozesse, die sie hervorgebracht haben, lernen. Viele glauben, dass die Regierungen Saudi-Arabiens, Ägyptens und der Vereinigten Arabischen Emirate in das Blutbad verwickelt sind, mit dem die derzeitigen Machthaber des Sudan der sozialen Bewegung, die Al-Bashir stürzte und den Al-Qyada-Platz besetzte, ein Ende setzen wollten. Dies unterstreicht die globale Tragweite des Konflikts. Wenn die Demonstrant*innen im Sudan niedergeschlagen werden, wird dieser Schlag im gesamten Nahen Osten und in der Welt widerhallen; wenn sie überleben und weitermachen, werden sie Millionen weiterer Menschen Hoffnung geben.

Der folgende Text, der aus dem sudanesisch-französischen Projekt Sudfa übersetzt und angepasst wurde, untersucht die Ursprünge der Dschandschawid, der paramilitärischen Truppe hinter dem Massaker vom 3. Juni. Dabei bietet sie einen erschreckenden Einblick in die Funktionsweise der Grenzregime, die wir in den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union erleben, auf der anderen Seite des globalen Unterdrückungsapparats, in den Zonen, die für den Abbau von Ressourcen und die Eindämmung der so genannten überschüssigen Bevölkerung vorgesehen sind. Wenn wir es versäumen, auf die Bedürfnisse der unzufriedenen und verzweifelten Bevölkerungsgruppen einzugehen, die durch Krieg und neoliberale Entwicklung vertrieben wurden, werden Nationalisten und andere autoritäre Kräfte sie ausnutzen, um ihre eigenen Ziele zu erreichen.

Die Dschandschawid an der Macht

Wer sind die Dschandschawid?

Die Dschandschawid sind wörtlich »Männer auf Pferden mit Gewehren«. Dieser Ausdruck tauchte in den 1980er Jahren auf, als panarabische Partisanen, die von den von den USA und Frankreich unterstützten Streitkräften aus dem Tschad vertrieben wurden, in den Westsudan flohen, um ihre Bewegung wieder aufzubauen und die Entwicklung einer panarabischen Bewegung in der Region zu verfolgen. Als die Sudanesische Befreiungsarmee (SLA) 2003 zu Beginn des Krieges in Darfur auf mehrere Städte vorrückte und einen massiven interethnischen Aufstand gegen die

Sicherheitskräfte auslöste, forderte die Regierung von Omar Al-Bashir diese arabischen Stämme auf, den Vormarsch der Rebellen aufzuhalten. Zu diesem Zweck bewaffnete er Gruppen von Männern aus diesen Stämmen, um die Region zu kontrollieren und die Rebellen zu bekämpfen.

Die Dschandschawid gehören arabischen Stämmen an; viele von ihnen stammen von außerhalb des Sudans, vor allem aus dem Tschad, Niger und Mali. In einem kürzlich veröffentlichten Video erklärt einer der Teilnehmer, er stamme ursprünglich aus dem Tschad, habe im Jemen Krieg geführt und sei nun in Khartum, um die Hauptstadt zu »befreien«. Verschiedene Zeugenaussagen von Überlebenden des Massakers bestätigen dies.

Das sudanesisches Volk nennt sie weiterhin »Dschandschawid«, obwohl dieser Name von der Regierung nicht anerkannt wird. Ihr offizieller Name lautet »Schnelle Eingreiftruppen« (RSF, Rapid Aid Forces).

Die Regierung weigert sich bis heute, zuzugeben, dass sie an der Entstehung der Schnellen Eingreiftruppen beteiligt war. Nach 2008 räumte sie jedoch den Einsatz der Schnellen Eingreiftruppen bei der »Befriedung« der Region Darfur ein, um »das Chaos zu beenden, die Menschen zu schützen und die Institutionen zu schützen«. Im Jahr 2014 wurden diese Kräfte im Rahmen der Bemühungen der Regierung, sie zu vereinheitlichen, dem mächtigen NISS (National Intelligence and Security Service) unterstellt. Damit sind sie offiziell eine mobile paramilitärische Miliz, die mit dem nationalen Sicherheitsdienst verbunden ist.

Diese Miliz, die überwiegend aus den ländlichen Gebieten im Westen des Sudan stammt, unterhält enge Beziehungen zum Tschad und zur sudanesischen Regierung. So heiratete der tschadische Präsident Idriss Déby die Tochter von Musa Hilal, dem Anführer der Dschandschawid zur Zeit des Völkermords in Darfur in den 2000er Jahren.

Musa Hilal leitete die Border Intelligence Brigade im Norden Darfurs, eine spezielle Dschandschawidtruppe, die an der Grenze eingesetzt wird. Im Jahr 2008 war er auch Minister für sudanesisches Bundesangelegenheiten. Er ist das Symbol für die in Darfur begangenen Gräueltaten und wird

wegen seiner Verbrechen vom Internationalen Strafgerichtshof gesucht. Diese Kräfte waren als »bereit, schnell und brutal« bekannt.

Ali Osman Taha war von 2005 bis 2013 Vizepräsident des Sudan. Er ernannte Musa Hilal zum Chef der Dschandschawid-Kräfte, um sie zu rekrutieren und zu befehligen.

Die Dschandschawid gehören zu den arabischen Stämmen der Region; Musa Hilal beispielsweise stammt vom Stamm der Baggara (einem arabischen Stamm, der Kühe züchtet, daher der Name); Hemedti, ein Mitglied des Militärischen Übergangsrats, der die Neuwahlen überwachen soll, stammt von den Al-Abala, einem anderen arabischen Stamm, der Kamele züchtet. Ursprünglich wurden die Dschandschawid-Kräfte in Al-Misteriha, einer Stadt im Norden Darfurs, aufgestellt.

Während seiner Zeit als Leiter der Armee in Darfur im Jebel Marra (Dschebelgebirge) sagte Burhan, der derzeitige Chef des Militärischen Übergangsrates: »Ich bin der Gott des Volkes der Fur, ich habe das Recht auf Leben und Tod über sie.«

Seit 2003 haben die Dschandschawid getötet und geplündert. Es gibt keine genauen Zahlen, aber Omar Al-Bashir wird von der UNO für den Tod von einer halben Million Menschen verantwortlich gemacht. Die tatsächliche Zahl könnte noch viel höher sein. Andere Quellen sprechen von drei Millionen Vertriebenen und unzähligen Verwundeten.

Die Dschandschawid setzen Vergewaltigung als Kriegswaffe ein und vergreifen sich bei ihren Angriffen auf Dörfer systematisch an Frauen. Sie brennen alle Häuser und Höfe nieder, töten Männer und Kinder. Ihre Vorgehensweise ist allen bekannt: Sie kommen auf Pferden oder in Autos und verwüsten ein Dorf in wenigen Stunden, wobei Militärflugzeuge und Hubschrauber die Operation überwachen. Während dieser Angriffe können einige Überlebende fliehen, indem sie zum Beispiel den Wadis (Flüssen) folgen und sich in nahe gelegenen Lagern verstecken. Oft werden sie von Gruppen, die weiter außerhalb der Dörfer warten, wieder eingefangen. Die Vertriebenen landen in Lagern im ganzen Land und in riesigen Barackensiedlungen in der Umgebung der Städte, wo sie weiterhin von den Sicherheitsdiensten und den Dschandschawid gequält werden.



Burhan und Hemetti, »Generäle des Blutes«; das Massaker auf dem Al-Qyada-Platz.

Die Hauptopfer der Dschandschawid sind die Fur sowie die Massalit, Zaghawa und andere dunkelhäutige Stämme, die als »afrikanisch« oder »nicht-arabisch« bezeichnet werden und deren Bevölkerung dezimiert und vertrieben wurde. Die Dschandschawid werden des Völkermordes an diesen Völkern beschuldigt.

Wie finanzieren sich die Dschandschawid?

Zunächst soll ihr Einkommen in Form von direkten Gehältern von der Regierung erfolgt sein. Ali Osman Taha erklärte einmal, dass er einen Teil des Regierungshaushalts für die schnellen Eingreiftruppen reserviert habe.

Zusammen mit anderen mächtigen Regierungsbeamten sind Ali Osman Taha, Ahmed Harun und Khalifa Kushayb (in den Regionen Jebel-Al Nuba und Blauer Nil) die drei Schlüsselfiguren bei der Finanzierung dieser Kräfte. Die RSF sind finanziell und logistisch von der Regierung abhängig.

Ahmed Harun, derzeitiger Bürgermeister von Al-Obeid und ehemaliger Innenminister, half bei der Finanzierung der Dschandschawid. Seit Dezember 2018 bedroht er die Demonstranten, indem er ihnen sagt, die RSF sei stärker als sie und verspricht eine harte Repression. Ihm wird vorgeworfen, den Milizen den Befehl zum Töten, Vergewaltigen und Foltern von Zivilisten gegeben zu haben und hinter mehreren Angriffen auf Dörfer und Städte im Westen Darfurs zu stehen, insbesondere hinter den Massakern an der Bevölkerung von Massalit. Er wurde auch beschuldigt, im Sommer 2003 die Vertreibung von 20.000 Menschen erzwungen zu haben und gesagt zu haben, dass »alle Pelzkinder Rebellen seien... alle Pelzbewohner seien Beute für die Dschandschawid geworden«.

Einer der Slogans der jüngsten Demonstrationen lautete: »Ali Osman, du Feigling! Nafi Ali Nafi, du bist nutzlos (ma nafi).« Die Demonstrant*innen sehen diejenigen, die die Dschandschawid anführen und finanzieren, als Übeltäter an, die wie Al-Bashir gestürzt werden müssen.

Nach 2010, als Sparmaßnahmen die öffentlichen Ausgaben und Ressourcen drastisch reduzierten, entdeckten die Dschandschawid andere Ein-

nahmequellen, wie die Goldminen in der Region Darfur um Jebel Amir. Auch im Darfur-Krieg erlangten sie Geld: Bei den Angriffen auf Tawila, Korma und Kutum stahlen sie beispielsweise Geld und Waren sowie Vieh und Ernten der wohlhabenderen Einwohner. Sie griffen Orte sowohl aus wirtschaftlichen Gründen als auch zur Durchführung ethnischer Säuberungen an: Bestimmte Pelzpopulationen mit Land und Vieh waren leichte und profitable Ziele.

Die Dschandschawid erhoben Anspruch auf Land und Häuser, siedelten sich an und besetzten die von ihnen geräumten Gebiete. Die Anführer*innen der Rebellenbewegungen (wie die SLA) kämpften für die Vertreibung derjenigen, die sich in den Häusern der massakrierten und vertriebenen Stämme niedergelassen haben. Sie prangern die ethnische Verdrängung (arabische Stämme anstelle von Fur- und Massalit-Stämmen) an, die die Rückkehr nicht-arabischer sudanesischer Stämme behindert und langfristig eine regierungsfreundliche Tendenz in der Region schafft.

Unter dem Namen RSF getarnt und als paramilitärische Truppe anerkannt, haben die Dschandschawid auch vom Krieg im Jemen profitiert. Saudi-Arabien setzte die sudanesishe Regierung unter Druck, Truppen in den Jemen zu entsenden, um sich an dem Krieg zu beteiligen. Die Dschandschawid-Truppen wurden daraufhin im Jemen stationiert und erhielten Geld und Waffen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten und Saudi-Arabien. Dank ihrer militärischen Beteiligung an dem Konflikt seit 2016 haben ihr Einfluss und ihre Macht im Sudan stark zugenommen. Sie haben sich besser organisiert und viele junge Menschen haben sich ihnen angeschlossen, insbesondere junge Menschen aus arabischen Stämmen.

Die Miliz kann aufgrund mehrerer Faktoren rekrutieren, vor allem aber, weil ihre Gehälter relativ hoch sind und verarmten Familien eine dringend benötigte Einkommensquelle bieten können. Sie rekrutieren eine große Zahl von Kindersoldaten, indem sie die Familien davon überzeugen.

Die Regierung hat daher Anstrengungen unternommen, um das Bild der RSF in den Medien zu ändern. Sie hat einen Sprecher ernannt und versucht, diese Kräfte als reguläre nationale Streitkräfte darzustellen. Zu diesem Zweck wurden die Dschandschawid in Kasernen und Militärla-

gern in den großen Städten bei den Soldaten der Armee untergebracht, beispielsweise in Nyala, Al-Fashir und Zalingei. Nach ihrer Rückkehr aus dem Jemen berichteten Mitglieder der RSF, dass rund 40 % der sudanesischen Truppen aus Kindern bestehen. Sie gehen oft auf sechsmonatige Missionen, nach denen die Männer in den Sudan zurückkehren und an Regierungsmissionen teilnehmen. Die Kinder erhalten so gut wie keine Ausbildung (etwa eineinhalb Monate körperliche und waffentechnische Grundausbildung), bevor sie an die Front im Jemen geschickt werden, um als menschliche Schutzschilde zu dienen. Die schnellen Eingreiftruppen sind für die Massaker an der Houthi-Bevölkerung im Jemen verantwortlich, einschließlich der willkürlichen Ermordung von Zivilisten und Kindern.

Auch wenn sich die RSF aus mehreren arabischen Gemeinschaften zusammensetzen, gibt es eine interne Hierarchie. Sie werden von dem Stamm der Rizeigat dominiert. Diejenigen, die nicht zu diesem Stamm gehören, werden bei den Transporten in den Jemen als Erste geschickt und erhalten die niedrigsten Posten, entsprechend der rassistischen Hierarchie der Regierung. Ein großer Teil der Anführer der RSF sind Rizeigat.

Mohammed Hamdan Dogolo, bekannt als »Hemedti«, wurde von der sudanesischen Regierung rekrutiert, um die Operationen in der Nyala-Zone zu leiten; seine Männer, die dem arabischen Stamm der Rizeigat angehören, wurden von Omar Al-Bashir bewaffnet. Er wurde nach 2013 an die Macht gebracht. Das Al-Bashir-Regime entschied, dass Musa Hilal zu viel Unabhängigkeit forderte, und ersetzte ihn durch Hemedti.

Russische und belgische Waffen, die an die Regierung geliefert wurden, werden an die Milizen weiterverkauft. Seit 2004 wurden mehrere Dutzend Panzer und Bomber aus chinesischer Produktion in den Sudan gebracht. China hat in der Nähe der Hauptstadt Khartum Waffenfabriken für die sudanesischen Regierung gebaut. In dieser Fabrik wurde ein Großteil der im Darfur-Krieg und bei der heutigen Unterdrückung der Demonstrant*innen verwendeten Geschosse und Munition hergestellt. China ist heute der Hauptlieferant von Waffen an den Sudan und liefert den Großteil der Panzer, Flugzeuge und Lastwagen. Mit diesen Lastwagen wurden die Bewohner von Wadi Saleh nach Darfur transportiert, wo sie anschließend erschossen wurden.

In Darfur haben die Dschandschawid die Städte der Flüchtlingslager eingekreist. Sie haben Frauen vergewaltigt, die das Lager verließen, insbesondere Frauen, die auf der Suche nach Holz waren; sie nehmen die Männer fest, die die Lager und Städte betreten oder verlassen, um sie zu verhören oder zu bedrohen. In ihrer Eigenschaft als Kommandosoldaten dringen sie auch in die Lager ein, wie z.B. in das Lager Kalma in der Nähe von Nyala oder in das Lager Zam-Zam in der Nähe von Al-Fashir, um nach Männern oder Waffen zu suchen, und verbreiten bei ihren Überfällen Terror. Bei Demonstrationen von Vertriebenen haben sie Dutzende von Menschen getötet und Hunderte von ihnen verhaftet. Einige Bewohner sind in der Nacht verschwunden und wurden unter Mitwirkung der Sicherheitsdienste ins Gefängnis gebracht.

Sie haben auch Dörfer in der Umgebung der großen Städte wie Al-Fashir angegriffen. Sie kamen in Land Cruisern und trugen braune Kleidung wie Mitglieder des NISS und Turbane, die ihre Gesichter verdeckten. Es ist bekannt, dass sie 2014 und 2015 in Tabi und Golo in Darfur Massenvergewaltigungen von Frauen begangen haben, bevor sie die Opfer ermordeten und sie in Massengräbern hinterließen. Sie haben Tausende von Dörfern niedergebrannt; die ONU spricht von 3000 Dörfern, die »von der Landkarte getilgt« wurden, obwohl die Zahl sicherlich höher ist.

Eine weitere Einnahmequelle sind Gaunereien und Erpressungen, einschließlich der Steuern, die sie von Fahrzeugen und Konvois von Vertriebenen auf der Strecke zwischen Al-Fashir und Khartum verlangen. Wenn die Fahrzeuge oder Konvois sich weigern zu zahlen, greifen die Gruppen ein, um sie anzugreifen und die auf den Lastwagen befindlichen Produkte und Sendungen zu stehlen. Da dies die einzige Route ist, die den Westen mit der Hauptstadt verbindet, haben die Fahrer keine andere Wahl, als zu zahlen.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben zahlreiche Partnerschaftsabkommen mit dem Sudan geschlossen, insbesondere das als »Khartum-Prozess« bezeichnete Abkommen von 2014, das durch ein neues Abkommen von 2015 bekräftigt wurde. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise im Sudan nach der Abspaltung des Südsudan und dem Verlust wichtiger Öleinnahmen helfen europäische Agenturen bei der Überwachung der Grenze, was für das Regime in Khartum ein gro-

ßer Segen ist. Die an der Grenze beschlagnahmten Ausrüstungsgegenstände und Einnahmen sind für die Polizei bestimmt und werden von den Dschandschawid abgeholt, die auch die libysche Grenze kontrollieren. Hemedti hat bereits mehrfach erklärt, er setze lediglich die Politik der Europäischen Union »gegen den Menschenhandel« um, was die EU dazu veranlasst, seine »Bemühungen« durch die Bereitstellung von noch mehr Mitteln zu kompensieren.

Auch wenn die EU bestreitet, die Milizen direkt zu unterstützen, zeigen mehrere Berichte, wie Suliman Baldos englischsprachiger Bericht »Border Control from Hell«, dass die von der EU bereitgestellte Computerhardware, Fahrzeuge und andere Ausrüstung von der RSF über ihre Zusammenarbeit mit der Polizei und den Sicherheitsdiensten beschafft wird. Die EU verlässt sich auf die sudanesische Polizei, um die Grenzen im Osten und Norden zu verstärken und die Durchreise von sudanesischen Migrant*innen, aber auch von Eritreer*innen, Äthiopier*innen und zahlreichen anderen Personen zu regeln. Der Gipfel von Valette im Jahr 2015 setzte diesen Prozess fort und forderte Pläne zur »Verhinderung irregulärer Migration« und des »Menschenhandels«. Die RSF ist die Hauptstreitmacht an den Grenzen, die die Regierung zur Umsetzung der politischen Ziele der EU einsetzt, indem sie ihre Terror- und Chaosaktionen gegen die Bevölkerung und die Migranten durchführt. Die Dschandschawid verfügen also über ein besonderes Budget, das ihre Macht stärkt.

Die Dschandschawid und die Manipulation von ethnischen Konflikten im Krieg

Die Dschandschawid wurden als mobile Truppe im ganzen Land eingesetzt, insbesondere in den Regionen Blauer Nil, Jebel Al-Nuba und Kordofan, wo sie die Zivilbevölkerung terrorisierten und Plünderungen, Vergewaltigungen, Massaker und Verfolgungen verübten. In Damazin im Jahr 2013 und in Kassala im Jahr 2018 wurden in all diesen Regionen Zivilist*innen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft beschuldigt, Rebellenkräfte wie die SLA (Sudan Liberation Army), die SPLM (Sudan Popular Liberation Movement) oder die JEM (Justice and Equality Movement) zu unterstützen oder sich an ihnen zu beteiligen, je nach Region. So werden beispielsweise die Bewohner*innen von Blue Nile beschuldigt, der SPLM anzugehören, weil SPLM-Chef Malik Agar aus dieser Region stammt.

Die Regierung hat die Dschandschawid benutzt, um die Spaltung zwischen den so genannten »arabischen« Stämmen und den so genannten »afrikanischen« Stämmen zu verstärken, eine Unterscheidung, die in den 1980er Jahren in lokalen Konflikten zwischen Bauern und Nomaden entstanden ist. Diese ethnische Spaltung wurde von der Regierung politisch manipuliert, um ihre Macht zu legitimieren und zu festigen.

Das Massaker von Khartum

Bei der Mobilisierung im Dezember 2018, die zum Sturz von Al-Bashir führte, rückten die schnellen Eingreiftruppen erstmals in großer Zahl in Khartum ein, um die Demonstrationen und die Besetzung des Al-Qyada-Platzes zu unterdrücken. Der Chef der RSF, Hemedti, wurde zum Vizepräsidenten des Militärrats ernannt, dessen Vorsitz Burhan innehatte.

Er verhielt sich zunächst eher ruhig, und ein Teil der sudanesischen Bevölkerung blieb angesichts seiner Ernennung optimistisch, da er außerhalb der Regionen des bewaffneten Konflikts nicht bekannt war. Doch nach einigen Wochen gab er sich zu erkennen und befahl seinen Truppen, die Demonstranten auf dem Al-Qyada-Platz zu terrorisieren und mit Gewalt zu vertreiben. Hemedti und seine Männer haben keine Verbindung zu den Jugendlichen in den Städten, insbesondere nicht zu den Jugendlichen der Mittelschicht in Khartum; die meisten seiner Truppen kommen aus dem ländlichen Raum und haben kaum Zugang zur Schule. Die Kluft ist bei den jüngsten Anschlägen deutlich geworden. Für einige von ihnen war es das erste Mal, dass sie in die Stadt kamen oder Smartphones sahen; in der Hauptstadt wurden Fotos von ihnen gemacht, wie sie in den Kinderparks spielten und nach den Massakern auf den Straßen tanzten und sangen.

Im Mai versuchten einzelne Gruppen der RSF, die Plaza zu räumen, was ihnen jedoch aufgrund der Barrikaden und der Organisation der Demonstrant*innen nicht gelang. Am 13. Mai töteten sie vier Demonstranten und verwundeten etwa dreißig weitere mit Kugeln. Die Demonstrant*innen identifizierten die Angreifer eindeutig als Dschandschawid. Nach diesen Ereignissen versprach Burhan, der Vorsitzende des Militärrats, »eine Untersuchung« gegen die für die Morde verantwortlichen Mitglieder der RSF einzuleiten. Die Sicherheitskräfte nahmen daraufhin willkürlich

sechs Soldaten aus Darfur fest, verlangten von ihnen im nationalen Fernsehen ein Geständnis und sperrten sie ein, obwohl einige von ihnen zum Zeitpunkt des Angriffs nicht in der Nähe waren. Viele Menschen prangerten diesen Betrug in den sozialen Netzwerken wütend an.

Mehrere weitere Angriffe wurden von RSF-Mitgliedern rund um die Eingangspunkte der Plaza verübt, insbesondere um den 25. Mai herum; dabei wurden viele Menschen getötet und andere verletzt und verhaftet. Die Regierung bekannte sich offiziell zu diesen Angriffen und rechtfertigte sie mit der Behauptung, der Ort »Kolumbien« am Hintereingang der Universität Khartum sei von Prostituierten und Drogenhändlern besetzt.

Am 3. Juni, dem 29. Tag des Ramadan, fuhren Kolonnen von RSF-Fahrzeugen mit Fahrzeugen des Sicherheitsdienstes in die Hauptstadt ein und entfernten die widerspenstigen Polizisten und Militärs. Sie stellten einen Konvoi von mehr als 10.000 Mitgliedern dar, die aus allen Regionen des Sudan in die Hauptstadt geschickt worden waren.

Gegen 6 Uhr morgens begannen sie, mit Kugeln in die Menge zu schießen, brannten die Zelte auf der Plaza nieder, nahmen Demonstrant*innen fest und warfen sie in Pickups. In den Gebäuden der Universität und der Moschee von Khartum hielten sie die Menschen drei Tage lang fest, schlugen und folterten sie. Einige starben an den schrecklichen Bedingungen dieser Haft. Einige der Menschen, die diese drei Tage überlebten, gaben ein erschütterndes Zeugnis über die Behandlung, die sie erlitten.

Viele andere Menschen wurden getötet oder durch Kugeln verwundet; das Gesundheitsministerium hat 61 Tote am 3. Juni zugegeben, während glaubwürdige Quellen von über 100 Toten, darunter 19 Kinder, berichten. Die Dschandschawid vergewaltigten Dutzende von Frauen und versuchten, Dutzende weitere zu vergewaltigen. Videos wurden in sozialen Netzwerken veröffentlicht. Ein Foto kursierte, das einen bewaffneten Mann zeigt, der mit seinem Schlagstock die Unterhosen der Frauen, die er angegriffen hatte, wie eine Kriegstrophäe zur Schau stellt.

Nach Angaben von Menschen am Al-Qyada-Platz wurden einige Leichen dort verbrannt, andere wurden in den Nil geworfen. Am Ende der Woche kamen Leichen an die Wasseroberfläche, und die Demonstrant*innen

taten alles, um die Leichen zu bergen und zu begraben. Insgesamt wurden unter den Einwohnern von Omdurman und Khartum mehr als 500 Menschen verwundet, darunter viele, die geschlagen, niedergestreckt und mitten auf der Straße liegen gelassen wurden. Diejenigen, die versuchten, ihnen unter dem Kugelhagel zu helfen, wurden ebenfalls kaltblütig niedergeschlagen.

Die RSF drangen in andere Stadtteile von Khartum und Omdurman ein und griffen wahllos Zivilist*innen an. Sie zerstörten Geschäfte, Apotheken und Autos. Verirrte Kugeln töteten einige Menschen in ihren Häusern.

Sie drangen in Krankenhäuser ein, schlugen Ärzte und bedrohten sie mit dem Tod, wenn sie Demonstrant*innen behandelten, vergewaltigten Frauen und schlugen Verwundete. Sie verhafteten die Oppositionellen, darunter auch Yasser Saïd Arman, den Führer eines Zweigs der SPLM. Die Mitglieder des Büros der sudanesischen Berufsvereinigung sind seitdem untergetaucht.

Am Tag nach dem Massaker verkündete der Militärerrat, dass alle Vereinbarungen und Errungenschaften aus den bisherigen Verhandlungen mit der Sudanesischen Berufsvereinigung für nichtig erklärt und alle weiteren Verhandlungen ausgesetzt wurden. Sie kündigten an, dass es 2020 Wahlen geben wird – und wir kennen bereits die Ergebnisse, wenn sie von Burhan und Hemedti kontrolliert werden sollen.

Die Sudanese*innen demonstrieren weiter, sperren Straßen und Wege, errichten Barrikaden und verbrennen Reifen; die Hauptstadt ist Schauplatz eines Bürgerkriegs.

Bis zum 7. Juni wurden offiziell 111 Tote und mehr als 500 Verletzte gezählt. Diese Menschen haben keine Angst, sich lächerlich zu machen. Hemedti hielt eine groteske Rede, in der er verkündete:

»Die schnellen Eingreiftruppen sind nicht für diese Ereignisse verantwortlich. Gruppen von Zivilisten, die wie die Schnellen Streitkräfte gekleidet waren, haben ihre Autos genommen und die Demonstranten angegriffen. Ich schwöre, dass unsere Streitkräfte niemanden getötet haben.«

Die Dschandschawid, die sich als Schnelle Eingreiftruppen bezeichnen, kontrollieren fortan das Land. Sie sind eine mächtige Kraft, unkontrollierbar und blutrünstig. Nach 20 Jahren sind die Dschandschawid daran gewöhnt, mit brutaler Gewalt eine große Anzahl von Menschen zu massakrieren. Diese Miliz wird von den Golfstaaten und der Europäischen Union finanziert und stellt eine Gefahr für den drohenden Bürgerkrieg im Sudan dar.

»Es ist schwer, einen frühen Staat zu finden, der nicht auch Nicht-Staatsangehörige – manchmal in großem Umfang – in seine Armeen aufgenommen hat, um entlaufene Sklaven zu fangen und um Aufstände in der eigenen Bevölkerung zu unterdrücken. ›Barbaren‹-Abgaben hatten ebenso viel mit dem Aufbau von Staaten zu tun wie mit deren Ausplünderung. Indem sie die Arbeitskräftebasis des Staates systematisch durch Sklavenarbeit auffüllten und den Staat durch seine militärischen Dienste schützten und ausbauten, schaufelten die Barbaren bereitwillig ihr eigenes Grab.«

–James C. Scott, *Against the Grain: A Deep History of the Earliest States*

Zainab Mohammed Salih / Tom Wilson

Frauen gegen Omar Al-Bashir

veröffentlicht am 01. April 2019 in *The Daily Dose*

Jode Tariq, eine zierliche 25-Jährige mit roten Haarverlängerungen auf ihrem Kurzhaarschnitt, wurde seit Beginn der Straßenproteste gegen Sudans Machthaber Omar Al-Bashir im Dezember bereits dreimal verhaftet. Einmal wurde ihr von Sicherheitskräften der Arm gebrochen, sagt sie. In einem anderen Fall schnitten sie ihr die Haare ab.

»Als ich das erste Mal in der Innenstadt von Khartum verhaftet wurde, schütteten sie mir kaltes Wasser über den Rücken, bevor sie mich in Gewahrsam nahmen«, sagt Tariq. »Einer von ihnen riss mir das Kopftuch ab und schnitt mir mit einer Rasierklinge den Dutt vom Kopf.« Tariq ist eine von Tausenden sudanesischer Frauen, die seit langem von Al-Bashirs islamistischem Regime unterdrückt werden und die sich in großer Zahl an die Spitze einer Protestbewegung gestellt haben, die seinen Rücktritt fordert. Ausgelöst durch eine Demonstration im Dezember wegen der steigenden Brotpreise haben sich die Proteste zur größten Bedrohung für Al-Bashirs Herrschaft entwickelt, seit er 1989 durch einen Militärputsch an die Macht kam.

Ursprünglich wurde die Bewegung von überwiegend männlichen Ärzten, Anwälten und anderen Fachleuten angeführt, die über den wirtschaftlichen Niedergang verärgert waren, doch inzwischen haben sich auch mehr Frauen, Jugendliche und politische Führer angeschlossen, die über die Korruption und den Autoritarismus des Regimes verärgert sind. Seit Beginn der Proteste sind mindestens 57 Demonstrant*innen getötet und Hunderte verhaftet worden. Letzten Monat verhängte Al-Bashir den Ausnahmezustand und ernannte Militär- und Sicherheitsbeamte zur Leitung der 18 sudanesischen Bundesstaaten.

Laut Ihsan Fagiri, Leiterin der Initiative »No to Women's Oppression« (Nein zur Unterdrückung der Frauen), einer Menschenrechtsorganisation, stehen die Frauen nun an der Spitze der Kampagne und gehen oft in größerer Zahl auf die Straße als Männer.

Auf den Aufnahmen der Demonstrationen sind häufig Hunderte von Frauen zu sehen, die regierungsfeindliche Slogans skandieren. In einigen Fällen waren bis zu 80 Prozent der Demonstrant*innen Frauen, schätzt Fagiri. Ihre Teilnahme ist ein dramatischer Aufstand gegen den alternden Autokraten - der immer noch vom Internationalen Strafgerichtshof wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen in der östlichen Region Darfur gesucht wird - und die so genannten Moralgesetze des Landes, die in den 1990er Jahren die Rechte der Frauen beschnitten.

Laut Rosalind Marsden, ehemalige britische Botschafterin in Khartum und Sudan-Expertin im Chatham House, sieht sich Al-Bashir mit dem größten Widerstand gegen seine Herrschaft seit drei Jahrzehnten an der Macht konfrontiert. »Indem sie so zahlreich auf die Straße gehen und den Sicherheitskräften immer wieder trotzen, sind die Frauen wirklich zu einer bedeutenden, neuen politischen Kraft geworden«, sagt sie.

Die sudanesischen Frauen haben eine lange Geschichte des politischen und sozialen Aktivismus. Dr. Khalida Zahir, die erste Ärztin des Sudan, wurde 1946 verhaftet und ausgepeitscht, weil sie sich der britischen Herrschaft widersetzte. Im Jahr 1951 war sie Mitbegründerin der Sudanesischen Frauenunion, die für das Frauenwahlrecht und gleiche Bezahlung kämpfte und eine Schlüsselrolle bei den Straßenprotesten spielte, die 1964 und 1985 die diktatorischen Regierungen stürzten.

»Die Frauen im Sudan sind revolutionär und kennen ihre Rechte sehr genau«, sagte Fagiri Ende März nach ihrer Entlassung aus dem Frauengefängnis von Omdurman. Sie war wegen ihrer Teilnahme an den Protesten 75 Tage lang inhaftiert gewesen. »Diese Regierung will uns zu Bürgern zweiter Klasse machen, und das wird nicht passieren«, sagte sie.

Nachdem Al-Bashir 1959 die Macht übernommen hatte, verschärfte seine Allianz aus Militärführern und islamistischen Geistlichen die islamischen Gesetze, um diplomatische Unterstützung am Golf zu gewinnen und ihre Kontrolle im eigenen Land zu festigen. Nach den vage definierten Moral- und Strafgesetzen müssen Frauen in der Öffentlichkeit ihren Kopf bedecken, die Zustimmung ihres männlichen Vormunds zur Heirat einholen und für »Verbrechen« wie Ehebruch mit Peitschenhieben oder sogar der Todesstrafe bestraft werden. Viele Sudanesen sind der Meinung, dass die

Gesetze, die sich eher gegen die Armen und Ausgegrenzten als gegen die Reichen und Mächtigen richten, im Widerspruch zur religiösen und kulturellen Toleranz der sudanesischen Gesellschaft stehen.

»Was jetzt geschieht, ist positiv und die Frauen sollten stolz auf sich sein«, sagt Sara Abdeljaleel, Sprecherin der Sudanese Professionals Association, die viele der Demonstrationen angeführt hat. »Trotz all des Drucks, dem die Frauen im Sudan ausgesetzt sind, haben sie gezeigt, dass ihr Widerstand stärker ist als der Terrorismus der Regierung«. Dieser Widerstand hat sich auf unterschiedliche Weise manifestiert. In einer sudanesischen Facebook-Gruppe, die ursprünglich gegründet wurde, um betrügende Ehemänner zu identifizieren, versuchen die 340.000 weiblichen Mitglieder, verdeckte Geheimdienstagenten anhand von Fotos zu identifizieren, die bei Demonstrationen aufgenommen wurden.

Als Reaktion auf ihren Aktivismus haben die Frauen einige der schlimmsten Misshandlungen der Sicherheitsmaßnahmen auf sich genommen. Wie Tariq behaupten viele, dass ihnen die Haare abgeschnitten wurden. Eine Frau, die nicht namentlich genannt werden möchte, sagt, dass zwei Sicherheitsbeamte sie auf dem Stuhl festhielten, während ein dritter ihr die Haare mit einer Klinge abschnitt. Andere berichten, dass sie während der Haft sexuell missbraucht und daran gehindert wurden, ihre Familien zu sehen. »Einer [der Sicherheitsbeamten] berührte ständig mein Haar und das Haar der anderen Frauen, die mit mir verhaftet wurden«, sagt eine Frau, die anonym bleiben möchte, über ihre Verhaftung im Januar. »Wir konnten nichts tun, sie waren bewaffnet«.

Trotz der Einschüchterung protestieren Gruppen von Frauen weiter. »Hey, Bashir, verschwinde, du kannst dich unserer Revolution nicht stellen«, skandierte eine Gruppe von Universitätsstudent*innen bei einer Demonstration in der Hauptstadt im März. »Unsere Revolution ist die Revolution der Frauen«, sangen sie.

Noah Salomon

Neue Geschichten für eine ungewisse Zukunft im Sudan

Im Sudan der Nach-Bashir-Ära sind neue Paradigmen in das politische Geschehen eingeflossen, während die alten zurückgekehrt sind. Auf welche Art von Zukunft könnten die Demonstrant*innen zusteuern?

Die Proteste, die im Dezember 2018 in der nordsudanesischen Stadt Atbara ausbrachen, waren ein Ausdruck der Wut auf ein Regime, das das soziale Gefüge des Landes ebenso angegriffen wie seine Wirtschaft dezimiert hatte. Vielleicht war der Slogan, der die Bewegung charakterisierte – »tasqut bas!« (Es sollte einfach fallen!) – nicht so sehr politisch (mit der Forderung nach bestimmten Rechten, Reformen oder neuen Formen der Regierungsführung), sondern vielmehr poetisch, ein drastischer und kraftvoller Ausdruck des Wunsches nach Veränderung, ohne dass genau festgelegt wurde, wie diese Veränderung aussehen sollte.

Die Tatsache, dass die Protestbewegung aus dem Eisenbahnstadt Atbara hervorging, zeigt, dass die Arbeit, eine Form der Zugehörigkeit, die über politische, ethnische und religiöse Grenzen hinausgeht, die Kraft hatte, im Sudan eine Massenbewegung zu schaffen, wie sie traditionelle Parteien und Identitäten nicht aufbringen konnten. »Arbeiter*in« ist eine Identität, die alle teilen – auch wenn diese Bewegung, die von der Sudanese Professionals Association angeführt wird, aus einer besonders elitären Form dieser Identität hervorging –, und die Diskrepanz zwischen dieser Arbeit und dem Wohlergehen der Menschen war für alle, unabhängig von ihrer Überzeugung, offensichtlich geworden.

Indem sie den berühmten Aufruf des Arabischen Frühlings *Ash-sha'b yurīd isqāt an-nizām!* (»Das Volk will den Sturz des Regimes!«) auf den sparsamen Zwei-Wort-Slogan »tasqut bas!« (Es soll einfach fallen!) verkürzten, betrieben die Demonstrant*innen eine apophatische¹ Politik, deren Solidität auf einem Prozess der Negation beruhte. »Das Volk will den Sturz des Regimes« wurde zitiert, ohne dass man sich an »das Volk«

1 verneinend, negierend

festhalten konnte, vielleicht aufgrund des impliziten Bezugs auf die sozialistischen und populistischen Bewegungen der sudanesischen Vergangenheit ((al-haraka al-sha'biyya, al-mu'atamar al-sha'bi usw.). Obwohl das Modell des professionellen Dachverbands einen Präzedenzfall in den Volksaufständen von 1964 und 1985 darstellt, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass sich die heutige Bewegung keineswegs auf die politischen Kräfte, Figuren und Rahmen der jüngsten Geschichte des Sudan stützt: links, rechts oder in der Mitte, islamistisch, säkular oder anders. Es war, als ob erst einmal der Boden geräumt werden musste, bevor etwas Neues aufgebaut werden konnte. Ein Demonstrant wurde von der *New York Times* mit den Worten zitiert: »Ich habe uns zur Freiheit geführt, aber wir wissen nichts über sie.« In der treffenden Formulierung von *tasqut bas* werden also nicht nur Allianzen, sondern sogar die Identität absichtlich offen gelassen, die Zukunft ist ungewiss.

Seit der Wiederaufnahme der Proteste am 6. April und insbesondere nach ihrem Erfolg am 11. April, dem Sturz von Omar Al-Bashir, wird die leere Leinwand, die die Proteste im Dezember hinterlassen haben, allmählich gefüllt, und zwar sowohl mit einer Reihe klarer politischer Grundsätze als auch mit einer neuen und faszinierenden Reihe von Bildern, die die eher zivilisatorischen Forderungen der Bewegung umrahmen. Bemerkenswerterweise hat die Bewegung auf die alte nubische Vergangenheit des Sudan zurückgegriffen, um diese höchst postmoderne Revolution zu stabilisieren. Der Kontrast zu den populären islamischen Geschichten des Sudan, auf die sich die vorherige Regierung so gerne berief, könnte nicht schärfer sein. Weder islamisch noch säkular, weder arabisch noch afrikanisch, die widersprüchlichen Identitäten, um die herum die sudanesishe Politik seit der Unabhängigkeit konstruiert wurde, weisen diese nubischen Bilder auf etwas ganz anderes hin.

Ein auf den Kundgebungen häufig fotografierter Sarg verkündet: »Mein Großvater ist Tarhaqa und meine Großmutter ist eine Kandaka«, eine Zeile aus einem Gedicht, das seit dem Aufstand von 2013 bei den Demonstrant*innen beliebt ist, aber erst in den letzten Wochen nationale Bekanntheit erlangte. Tarhaqa bezieht sich auf einen Pharao aus dem 7. Jahrhundert v. Chr., der über ein ausgedehntes Gebiet herrschte, das sich vom Zentralsudan bis zur Levante erstreckte, und der in der Geschichte als großer Erbauer von Tempeln und Pyramiden in Erinnerung geblieben

ist und unter dem eine Zeit des Wohlstands eingeleitet wurde. Kandaka hingegen war der Titel der nubischen Königinnen von Kusch im Nordsudan vom 2. Jahrhundert v. Chr. bis zum 4. Jahrhundert n. Chr.

Wie weithin bekannt wurde, nimmt das Video der 22-jährigen sudanesischen Schauspielerin Alaa Salah, das in der Presse als »Kandaka-Bild« bezeichnet wird, in vielfältiger Weise Bezug auf diese Geschichte. Obwohl, wie Nesrine Malik hervorgehoben hat, die Bezugnahme auf die nubische Geschichte als erneute Feier eines Volkes, das die Macht im Sudan monopolisiert hat, und damit als Widerspruch zu der Kritik, die die Proteste ausgelöst haben, gelesen werden könnte, ist es erwähnenswert, dass es im Nordsudan heute zwar Gruppen gibt, von denen die Eliten abstammen, dass die Regierung aber von Sudanese*innen mit unterschiedlichem Hintergrund als »ori« bezeichnet wird: Sogar der Südsudan selbst hat bei der Unabhängigkeit mit der Idee gespielt, sich Kush (die Bezeichnung des bekanntesten nubischen Königreichs) zu nennen. Trotz der Schwierigkeiten, diese Geschichte für gegenwärtige Ziele zu nutzen, bringen die Verweise auf die nubische Vergangenheit den Wunsch zum Ausdruck, an den Anfang zurückzukehren (oder zumindest an den aufgezeichneten Anfang), um einen anderen Weg für die noch unbestimmte Zukunft des Sudan zu wählen.

Doch obwohl dieses Bild und die damit verbundenen Vergangenheiten in der Presse viel Beachtung gefunden haben, wurde kaum beachtet, was genau Alaa Salah in dem Moment sagte, als sie in der Zeit stehen blieb; Worte, die sich auf eine ganz andere, viel jüngere sudanesisische Vergangenheit beziehen. Wenn man sich die Videos von diesem Moment anschaut, kann man hören, dass sie das inzwischen berühmte Gedicht mit der auf dem Plakat abgebildeten Zeile rezitiert.

Obwohl das Gedicht am Ende auf Tarhaga und Kandaka Bezug nimmt, handelt es nicht in erster Linie von der nubischen Geschichte. Vielmehr ist es ein Kommentar zur Islamisierung des Staates, für die das jüngste sudanesische Regime bekannt ist. Es lautet wie folgt:

*...Oh Mutter, mein Blut kocht ...wenn das Land in Aufruhr ist,
wenn diese Soldaten, die den Islam entstellt haben, ihre Eitelkeiten bringen.*

*Sie haben uns im Namen der Religion eingesperrt.
 Sie haben uns im Namen der Religion verbrannt.
 Sie haben uns im Namen der Religion unterdrückt.
 Sie haben uns im Namen der Religion getötet.
 Die Religion ist unschuldig, oh Mutter.
 Die Religion sagt, wenn man sein Recht loslässt, stirbt man.
 Du wirst ein Bruder des Teufels.
 Die Religion sagt, geh hinaus, geh hinaus, stell dich in Opposition und stell
 dich den Machthabern.
 Die Religion sagt, dass man, wenn man ein abscheuliches Unrecht sieht, nicht
 den Mund halten soll...
 ...Mein Großvater ist Tarhaga.
 Meine Großmutter ist eine Kandaka und (südsudanesischer nationalistischer
 Aktivist der 1920er Jahre) Abd al-Fadil al-Maz, [allesamt] mutige Ritter.
 Oh, Mutter, die Jugend lebt, und ich sterbe mit Sehnsucht.*

Die Popularität des Gedichts, das Alaa Salah rezitierte, ist nur ein Beweis für die Rückkehr des »Islam« auf die Bühne der Debatte im Zuge des Fortschreitens der Protestbewegung.

Das Auftauchen der Arbeit als Sprache des politischen Handelns in den aktuellen Protesten nach einer sehr langen Periode des Stillstands ist wirklich bemerkenswert.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob der zunehmende Stellenwert des Islams als Streitpunkt ein Beweis dafür ist, dass die Arbeit als Sprache des Dissens für lokale und internationale Partner*innen nicht mehr aktuell ist, da sowohl die Demonstrant*innen als auch das Militärregime versuchen, ihre Unterstützung auf unterschiedliche Weise zu festigen. Kurz gesagt, während die Protestbewegung, die im Dezember 2018 begann, eine apophatische Politik verfolgte, einen inklusiven Dialog, der die Sudanese*innen unabhängig von ihrer politischen Couleur zusammenbringen sollte, hat sich seit dem Sturz von Al-Bashir ein Diskurs entwickelt, der sich sehr deutlich und lautstark als anti-islamistisch präsentiert, wobei beide Seiten der politischen Kluft darum ringen, die Bedrohung, die eine solche Politik darstellt, zu erkennen. Zwar ist der Wunsch, die Religion vom

Staat zu trennen, in der Opposition keineswegs allgemein verbreitet, doch scheinen die sichtbarsten Vertreter*innen beider Seiten darauf erpicht zu sein, ihr Engagement für eine politische Ordnung ohne »islamistische« Beteiligung zum Ausdruck zu bringen.

Für das »neue« Militärregime, das im Sudan an der Macht ist, scheint die Zusicherung sowohl gegenüber den Demonstrant*innen als auch gegenüber den westlichen Mächten, dass die spezifisch islamistischen Elemente des Regimes gesäubert werden, ein wichtiger Bestandteil seiner Stabilität zu sein. Welche Personen des Regimes jedoch genau als »islamistisch« gelten und welche nicht, und wie diese Unterscheidung getroffen wird, ist eine ganz andere Frage, auch wenn die Presse jeden Tag den Sturz einer weiteren »islamistischen« Figur im Ministerrat als Zugeständnis an die Demonstrant*innen meldet.

In der Zwischenzeit sollte erwähnt werden, dass das brutalste Beispiel für einen globalen Stellvertreterkrieg, der zumindest teilweise auf der Verpflichtung beruht, eine islamische Bedrohung zu bekämpfen, die groß angelegte Militärkampagne im Jemen ist, bei der sudanesishe Bodentruppen und Piloten eingesetzt werden. Der Leiter des transnationalen Rates, der den Sudan derzeit regiert, hat zugesichert, dass der Sudan sich weiterhin daran beteiligen wird. Abd al-Fatah Burhan und sein Stellvertreter Muhammad Hamdan Dagalu (Himaydti), Leiter der schnellen Eingreiftruppe, haben in den letzten Jahren maßgeblich zur sudanesisch-saudisch-emiratischen Zusammenarbeit an der Jemen-Front beigetragen. Es überrascht daher nicht, dass die Saudis und die Emiratis nun zugestimmt haben, dem Sudan 3 Milliarden US-Dollar in Form von Geld- und Sachleistungen zur Verfügung zu stellen, um die Stabilität der Militärjunta zu unterstützen. Damit scheint das Militärregime entschlossen zu sein, die einheimischen Islamisten im eigenen Land (die Moslembrüder, die den Golfstaaten ein Dorn im Auge sind) zu bekämpfen, während es im Ausland andere Islamisten (die Houthi-Rebellen, die als Stellvertreter des Iran gelten) bombardiert. Doch selbst wenn die Organisatoren des Marsches ein Einfrieren des geplanten Marsches der »Bewegung für den Sieg der Scharia« in Khartum durch das Militär zulassen, kann es nicht ewig dabei bleiben, denn dann steht es vor einer sehr schwierigen Entscheidung. Die jüngsten Zusicherungen des Militärs, dass die Scharia eine wichtige Quelle der Gesetzgebung in der Interimsregierung bleiben wird, scheinen

sorgfältig darauf ausgelegt zu sein, eine solche Bewegung schon im Keim zu ersticken.

Unter den Demonstrant*innen auf der Straße, die sich gegen das Militärregime auflehnen, hat sich ein anderer Weg herauskristallisiert, was den Platz des Islam in der ungewissen Zukunft des Sudan angeht. Während die Demonstrant*innen die Einmischung Ägyptens, Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate klar ablehnen, ist »der Islam« für sie sowohl als Rahmen als auch als Objekt ihres Widerstands erschienen. Was letzteres betrifft, so beklagen sich Islamisten, die in der Opposition waren und eine wichtige Rolle bei den Protesten gespielt haben (die Reform Now-Bewegung, die Volkskongress-Jugend, insbesondere nach der Verhaftung eines ihrer Führer, usw.), nun über ihren Ausschluss aus den Gruppen, die die politische Zukunft des Sudan planen, wie ein aktueller Al-Jazeera-Bericht ausführlich darlegt. Der jüngste Angriff auf die Versammlung der Volkskongresspartei, der von den Führern der Proteste umgehend verurteilt wurde, ist ein Hinweis auf die Gefahr, dass diese politische Säuberung von islamistischen Kräften in eine physische umschlagen könnte, wenn sie nicht sorgfältig durchgeführt wird. Das Gleiche gilt für das Mobbing des Salafisten Shaykh Muhammad Mustafa Abd al-Qadir in einem Ersatzteillager durch eine Menge von Revolutionär*innen, das auf seine abwertende Predigt über die Demonstrant*innen folgte und zu einer entschuldigenden Pressekonferenz führte, auf der er versuchte, die Zuhörer*innen daran zu erinnern, dass er die Muslimbruderschaft (und damit das Regime) schon Jahre vor dem Aufstand lautstark kritisiert hatte.

Diese Ausgrenzung der Islamisten zieht sich zwar durch das gesamte Spektrum, aber ein besonderes Votum ist denjenigen vorbehalten, die dem Regime nahe stehen. Ein Bild, das kürzlich in den sozialen Medien kursierte – eindeutig ein Photoshop und kein Foto – zeigt Demonstrant*innen auf einer Kundgebung, die hinter einem Banner mit der Aufschrift »Hey American Intelligence Agency: Abd al-Hay Yusuf he is the one who planned the events of Sept 11« marschieren, flankiert vom Siegel der Sudanese Professionals Association. Shaykh Abd al-Hay Yusuf ist ein religiöser Gelehrter, der unter dem Regime eine Blütezeit erlebte und auch jetzt, nach dem Staatsstreich, noch feurige Predigten hält, in denen er argumentiert, dass »die Religion Gottes eine rote Linie ist«, die die neuen Macht-

haber und ihre Gegner nicht überschreiten dürfen, egal wie die politische Zukunft des Sudan aussieht.

Um ihn vom früheren Regime zu distanzieren, versuchen seine Anhänger, ihn als neutralen Verteidiger des Islams zu rechtfertigen, der der Macht des Regimes die Wahrheit sagt, und haben zu diesem Zweck Videomontagen mit Ausschnitten aus seinen Predigten produziert, während im Hintergrund die Geräusche der Proteste zu hören sind. Für viele unter den Demonstrant*innen sind Figuren wie Abd al-Hay Yusuf jedoch unrettbar, bloße Relikte aus der Vergangenheit, als der Sudan zu Recht den Ruf einer Bruststätte des Extremismus hatte, und haben daher keinen Platz in seiner Zukunft.

Bemerkenswert ist jedoch, dass parallel zur Kritik der Demonstrant*innen an Islamisten wie Abd al-Hay Yusuf versucht wird, dem Islam eine Rolle in einer bestimmten Art von Widerstandspolitik zuzuweisen, wie in dem oben zitierten Kandaka-Gedicht, in dem der (wahre) Islam als Inspiration für den Widerstand gegen Unterdrückung und nicht nur als Ausdruck staatlicher Unterdrückung dargestellt wurde. Ein weiteres Bild, das in diesem Zusammenhang viel in den sozialen Medien kursiert, ist dieses, das mehrere meiner sudanesischen Freund*innen über WhatsApp verschickt haben. Es zeigt eine große Gruppe von Demonstranten beim Gebet, flankiert von den Worten:

Über welchen Islam sprachen die Heilsbringer [unter Anführung der Selbstbezeichnung des Al-Bashir-Regimes]?

Das (bezogen auf das Bild der betenden Menschen) ist der Islam und das sind Muslime...

Eine majestätische Szene mit mehr als zwei Millionen Muslimen, die sich nicht in Mekka oder Arafat, sondern im Herzen von Khartum versammelt haben.

Das Land des Sit-in vor dem Militärhauptquartier.

Der Islam der Mäßigung ist der Islam, der seine Rituale verherrlicht und die Vielfalt und [andere] Religionen respektiert. Ein Islam des Friedens aus dem Land des Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit, dem Sudan.

Die Sudanese*innen haben lange darauf gewartet, diesen Traum von Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zu verwirklichen, und jetzt, mehr als je zuvor in der jüngeren Vergangenheit, scheint sich die Gelegenheit zu bieten, dies zu tun. Welche Formen des Widerstands und der Resilienz werden genutzt, um eine solche Zukunft zu gestalten, und auf welche Ressourcen wird man dabei zurückgreifen? Wie kann eine ebenso integrative wie vorausschauende Bewegung entstehen, wenn die Sudanese*innen gemeinsam über diesen Neuanfang nachdenken? Angesichts der instabilen Entwicklungen, die sich in Echtzeit vollziehen, bleibt die Antwort auf diese Fragen offen. Doch während der Kampf weitergeht, liegt der unverkennbare Duft der Hoffnung in der Luft, eine gerechtere Zukunft ist direkt über dem Horizont sichtbar.

Ich danke Nisrin Elamin, Magdi el Gizouli, Elizabeth Shakman Hurd, Sean Jacobs und Jeremy Walton für ihre äußerst hilfreichen Kommentare und Vorschläge zu diesem Essay; Amel Gorani und Dalil Muhammad Dalil für ihre Hilfe bei der Bearbeitung des Kandaka-Gedichts; Muhammad Khalifa Siddiq und Dalil Muhammad Dalil für die Übersendung eines Großteils des Materials, auf dem dieser Essay basiert; und Rachel Cruz für die Internetrecherche.

Über den Autor

Noah Salomon, Mitglied des Lehrkörpers des Carleton College, ist Autor von *For Love of the Prophet: An Ethnography of Sudan's Islamic State* (Princeton University Press, 2016)

Dieser Artikel ist dem Online-Magazin *Africa Is a Country* entnommen. Zu finden unter: <https://africasacountry.com/2019/05/new-histories-for-an-uncharted-future-in-sudan>

Selbstdarstellung:

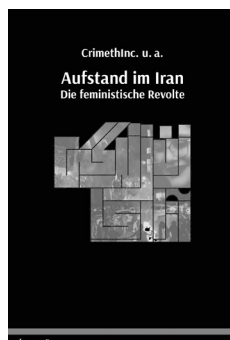
Africa Is a Country is a site of opinion, analysis, and new writing on and from the African left.

weitere Bücher bei Immergrün:



CrimethInc.
**Nachrichten aus Belarus, Kasachstan,
Ukraine, Russland**
978-3-910281-01-1

Dieser Band versammelt verschiedene anarchistische Stimmen zu den Aufständen in Belarus 2021, dem Aufstand in Kasachstan 2022 und dem Krieg in der Ukraine.



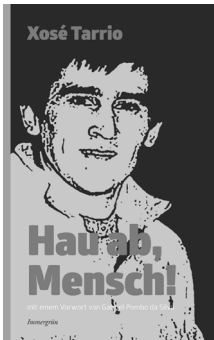
CrimethInc. u. a.
**Aufstand im Iran
Die feministische Revolte**
978-3-910281-05-9

Dieser Band gibt erste Einblicke in das jüngste Protestgeschehen im Iran. Die Ermordung Jina Aminis durch die Revolutionsgarden war der Funke, an dem sich der feministische Aufstand im Iran erneut entzündet hat.



gata preta
Ich vermisse euch wie Sau
978-3-910281-02-8

Ricardo war u.a. in der Graffiti-, HausbesetzerInnen- und Antifaszene aktiv und lebte von 2014 bis 2017 in Moçambique, anfangs in der Illegalität und später im Exil. Dieses Buch ist der Versuch von GefährtInnen und FreundInnen, eine Auseinandersetzung zum Thema Flucht, Exil und Illegalität zu führen.



Xosé Tarrio
Hau ab, Mensch!
 978-3-910281-00-4

Xosé Tarrio war an verschiedenen Aufständen in spanischen Knästen beteiligt und erlebte die Einführung des F.I.E.S.-Systems – eines der perfiden Instrumente des Staates um das Individuum zu brechen. Diesem hält er Freundschaft, einen rebellischen Geist und den Willen zur Freiheit entgegen.



Ex-Anti-NATO-Gruppe Freiburg
Auferstanden aus Ruinen ruht der Sozialismus ... aus?
 Texte zur DDR und Staatskapitalismus
 978-3-910281-03-5

Auch über 30 Jahre nach dem Mauerfall ist die DDR auf unterschiedlichen Ebenen noch gegenwärtig. Die 1992 formulierte Kritik setzt auf den verschiedenen Ebenen (Ökonomie, Autoritätsverhältnis, Frauen usw.) an und verdeutlicht warum die DDR kein Anknüpfungspunkt emanzipatorischer Politik war und ist.



Detlef Hartmann
Covid-Politik und die Neuformierung der Macht
 978-3-910281-04-2

Ausgehend von seiner Grundannahme der »schöpferischen Zerstörung«, welcher sich Macht und Kapitalismus bedienen, betrachtet Detlef Hartmann die Auswirkungen der Covid-Politik auf Gesellschaft und den weiteren technologischen Machtausbau, der mit dieser einherging.

